

C 4

Antragsteller: Jusos Offenbach

Bezahlte Nebentätigkeiten von SPD-Politikern

Die Jusos Hessen Süd mögen beschließen und auf der Bundeskonferenz der Jusos folgenden Antrag stellen:

Wir fordern von allen hauptamtlich tätigen SPD-Politikern, dass sie auf jede Art von bezahlten Nebentätigkeiten verzichten.

Einzige Ausnahme sind solche Fälle, in denen eine selbständige Existenz bedroht wäre, würde sie nicht weitergeführt werden.

Begründung:

Ein Minister, Landtags-, Bundestagsabgeordneter, Oberbürgermeister oder ein hauptamtliches Magistratsmitglied erhalten direkt oder indirekt vom Volk den Auftrag, dieses zu repräsentieren, nach bestem Wissen und Gewissen zu handeln und Entscheidungen zum Wohle der Gesellschaft zu treffen. Vorbedingung einer staatlichen Unterstützung muss die persönliche Haftung der für die Problematik Verantwortlichen sein.

Um genügend Zeit für die Entscheidungsfindung zu bekommen, erhalten sie eine angemessene Bezahlung. Jede Art von bezahlten Nebentätigkeiten kann den Verdacht aufkommen lassen, dass ein Berufspolitiker im Entscheidungsprozess beeinflusst werden kann. In Zeiten von Demokratieverdrossenheit und niedriger Wahlbeteiligung, ist es wichtig, dass etwas für die Glaubwürdigkeit von Politikern getan wird. Ein Verzicht auf bezahlte Nebentätigkeiten wäre ein erster Schritt. Ein weiterer negativer Punkt von bezahlten Nebentätigkeiten ist, dass sie Zeit in Anspruch nehmen. Wenn ein Politiker in ein hohes Amt gewählt worden ist, und dieses entsprechend verantwortungsvoll ausüben möchte, darf er aus zeitlichen Gründen keine weiteren bezahlten Nebentätigkeiten annehmen. Deswegen fordern wir alle hauptamtlich tätigen SPD-Politiker auf, auf jede Art von bezahlter Nebentätigkeit und anderer Vorteilsnahme zu verzichten.

Ist beispielsweise eine Anwaltskanzlei so groß, dass andere Partner die Kanzlei auch ohne Tätigkeit des Abgeordneten weiterführen können, muss die bezahlte Nebentätigkeit aufgegeben werden. Führt man eine Kanzlei, ein Geschäft oder ähnliches jedoch Alleine, kann dies auch neben dem Mandat fortgeführt werden, um nach der Zeit als Abgeordneter die eigene Existenz noch zu erhalten.